

STEIRISCHE Volksstimme

Ausgabe 2, Juli 2024

www.kpoe-steiermark.at

Periodisches Infoblatt der steirischen **KPÖ**



Österreichische Post AG
8020 Graz

POSTWURFSSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
RM 23A044157 E



Gesundheit & Pflege dürfen nicht baden gehen

Seite 4–6

*...aber Sie schon!
Wir wünschen Ihnen
einen schönen Sommer!*



12.500 Unterschriften für leistbares Wohnen!

Die Wohnkosten sind für viele Menschen eine große Belastung. Bund und Land versprechen viel, halten aber wenig. Die KPÖ erhöht gemeinsam mit der Bevölkerung den Druck. *Seite 2*

Die soziale Alternative

Wohnen, Gesundheit, Pflege, elementare Bildung: Claudia Klimt-Weithaler sorgt im Landtag dafür, dass die großen Parteien die wichtigen Themen nicht ignorieren können. *Seite 3*



ZITIERT



Unsere Wirtschaftsweise ist auf Ausbeutung ausgerichtet.

— Alexander Passer, Professor für nachhaltiges Bauen an der Technischen Universität Graz, Steirerkrone, 15. April 2024.

Was wir jetzt brauchen, ist – vielleicht etwas überspitzt formuliert – eine Kriegsagenda.

— Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) im Wiener Salon der Kleine Zeitung am 22. Mai 2024.

Dann kann ich mir eine Zusammenarbeit mit fast allen Parteien vorstellen – mit Ausnahme der KPÖ.

— Landeshauptmann Christopher Drexler verdeutlicht, dass die KPÖ anders ist als die anderen. Kleine Zeitung, 10. Mai 2024.

4,5 Prozent Inflation: Die Bevölkerung hat in zwei Jahren zehn Milliarden Euro an Kaufkraft verloren. Profiteure der Inflationswelle sind Energiekonzerne und Banken. Sie erzielten fast acht Milliarden Euro an zusätzlichen Gewinnen durch die Teuerung.

— Alexander Hahn, Der Standard, 22. Februar 2024.

Das Gespenst Kommunismus hat seinen Schrecken verloren.

— Meinungsforscher Peter Hayek über die KPÖ, Kurier, 15. März 2024.

Die KPÖ hat sich bundespolitisch festgesetzt – ein erstaunliches Comeback.

— Ernst Sittinger im Leitartikel der Kleinen Zeitung am 10. Juni 2024.

KLEIN, aber MIT BISS



„Koste es was es wolle...“
sagte vor gar nicht langer
Zeit die Regierung Kurz.
Jetzt ist Kurz zwar weg,
aber es regiert schon
wieder der Sparstift.

KPÖ übergibt 12.500 Unterschriften für die Wohn Wohnen darf nicht

Immer mehr Menschen haben mit den hohen Wohnkosten zu kämpfen. In den letzten Jahren hat eine Mieterhöhung die nächste gejagt, auch die Preise für Strom, Gas und Fernwärme sind stark angestiegen. Echte Gegenmaßnahmen sind Bundes- und Landesregierung aber schuldig geblieben.

„Die anderen Parteien entdecken das Thema Wohnen immer erst dann, wenn wieder eine Wahl ansteht. Schöne Sonntagsreden und teure Plakatkampagnen zahlen aber keinem Menschen die Miete. Darum haben wir die Wohnpetition gestartet, um gemeinsam mit der Bevölkerung den Druck für leistbares Wohnen zu erhöhen“, so KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

Die Wohnpetition zeigt Wirkung

Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Satt 12.584 Unterschriften sind zusammengekommen. Sie haben ihre Wirkung nicht verfehlt: So wurde die steirische Wohnunterstützung (vormals Wohnbeihilfe) drei Monate nach dem Start der Wohnpetition um 20 Prozent erhöht – nach 12 Jahren Untätigkeit der Landes-

regierung. Mehr noch: Mit Mai ist die Wohnunterstützung erneut um 10 Prozent gestiegen. In Zukunft wird sie außerdem jährlich an die Inflation angepasst. Damit hat die Landesregierung zwei zentrale Forderungen der Wohnpetition erfüllt.

Bei den Einkommensgrenzen gibt es aber noch dringenden Verbesserungsbedarf: „Wenn selbst eine Mindestpensionistin zu ‚reich‘ ist, um den Höchstsatz der Wohnunterstützung zu bekommen, dann stimmt etwas nicht. Und es kann auch nicht sein, dass man schon ab einem kleinen Arbeitseinkommen bei der Wohnunterstützung durch die Finger schaut. Die sehr hohen Wohnkosten sind mittlerweile bis weit in den sogenannten ‚Mittelstand‘ hinein ein ernstes Problem. Das scheinen ÖVP und SPÖ immer noch

nicht begriffen zu haben“, so Claudia Klimt-Weithaler.

Grundsätzlich müsste es der Anspruch der Politik sein, selbst für ausreichend leistbaren Wohnraum zu sorgen. Städtische Gemeindewohnungen sind dabei das wichtigste Gegengewicht zum Wucher am freien Wohnungsmarkt, wo auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter spekuliert und Profit gemacht wird. Anders als in Genossenschafts- und privaten Wohnungen kann eine Stadt in städtischen Gemeindewohnungen die Mieten nämlich selbst festsetzen. In Graz hat die KPÖ-geführte Stadtregierung 2022 keine einzige Mieterhöhung des Bundes an die städtischen Mieterinnen und Mieter weitergegeben. Seit 2023 gilt eine Mietpreisbremse von zwei Prozent pro Jahr.

Neue Gemeindewohnungen zu bauen kostet aber viel Geld, dafür braucht es auch die Unterstützung des Landes. Für die Landesregierung sind städtische Gemeindewohnungen aber offensichtlich keine Priorität. Eine eigene Landesförderschiene für kommunalen Wohnbau gibt es nämlich bis heute nicht.

Maßnahmen auch auf Bundesebene nötig

Viele Entscheidungen, die die Wohnkosten betreffen, werden auf Bundesebene getroffen. Eine Forderung der Wohnpetition war ein neues, soziales Mietrechtsgesetz, das niedrige Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen festsetzt. Das würde das Wohnen entscheidend günstiger machen. Die ÖVP will davon nichts wissen. Sie stellt die Profitinteressen der Spekulanten und Immobilienkonzerne über das Grundrecht auf leistbares Wohnen.

Das zeigt sich an der großspurig angekündigten „Mietpreisbremse“ des Bundes be-



Die KPÖ übergab mehr als 12.500 Unterschriften für leistbares Wohnen an SPÖ-Soziallandesrätin Doris Kampus. Im Bild: Alexander Melinz und Claudia Klimt-Weithaler mit den gesammelten Unterschriftenlisten.

petition an die Landesregierung:

arm machen!

sonders deutlich: Sie gilt für den gesamten privaten Wohnbau-sektor gar nicht und liegt mit fünf Prozent Mieterhöhung pro Jahr für die restlichen Mieterinnen und Mieter weit über der aktuellen Inflationsrate. Sie ist also de facto keine Entlastung für die Menschen, sondern eine Profitgarantie für die Haus-herren.

Das beste Mittel gegen teures Wohnen: Eine starke KPÖ!

All das zeigt: Auf Landes- und Bundesebene muss sich vieles ändern, damit das Wohnen wieder leistbar wird. Die KPÖ beweist seit Jahrzehnten, dass sie eine verlässliche Lobby für alle Mieterinnen und Mieter ist. Selbst als kleine Fraktion im Landtag konnte die KPÖ schon einiges erreichen. Man stelle sich vor, wie viel beim Wohnen weitergehen könnte, wenn die KPÖ heuer den Sprung in den Nationalrat schafft und eine richtig starke Kraft im Landtag wird.



Viele Menschen haben mitgeholfen, noch mehr Menschen haben unterschrieben: Die Wohnpetition der KPÖ war ein voller Erfolg. Danke an alle Mitwirkenden!



KOMMENTAR

von **Claudia Klimt-Weithaler**,
KPÖ-Klubobfrau im
Landtag Steiermark

Ehrlich anders

Lange Jahre war die KPÖ die einzige Partei, die das Problem der hohen Wohnkosten angesprochen hat. Die Krisenpolitik der letzten Jahre hat die Schraube fester gezogen: Mit der hohen Inflation steigen die Mieten, ebenso die Heiz- und Betriebskosten.

Viele Menschen unterstützen unsere Initiativen für leistbares Wohnen. Dass wir mit über 12.000 Unterschriften für unsere Wohnpetition im Rücken kürzlich eine Erhöhung der steirischen Wohnunterstützung durchsetzen konnten, zeigt: **Eine starke KPÖ ist das beste Mittel, die anderen Parteien dazu zu zwingen, sich um die wirklich wichtigen Themen im Land zu kümmern.** Früher wurden wir für unser Engagement von den anderen Parteien oft belächelt. Das hat sich mit den Wahlerfolgen in Graz, der Steiermark, Salzburg und Innsbruck geändert. Die Leute wissen, dass sie auf die KPÖ zählen können.

Auf die groben Missstände im Gesundheits- und Pflegewesen machen wir schon lange aufmerksam. Da liegt Einiges im Argen: Personalmangel, Betten-sperren, Spitalsschließungen, Zwei-Klassen-Medizin, Ärztemangel, Pflegenotstand, sehr lange Wartezeiten. Im Landtag macht die KPÖ auf diese Missstände aufmerksam und drängt die Landesregierung, die nötige 180-Grad-Wende in der Gesundheitspolitik endlich zu vollziehen.

Die KPÖ beweist jeden Tag, dass sie ehrlich anders ist. Es kommt darauf an, die Sorgen und Nöte der Menschen zu kennen und den Leuten wirklich mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. In unseren Mietrechts- und Sozialberatungen helfen wir Menschen bei allen ihren Fragen und Anliegen weiter. In Notfällen können wir die Leute auch direkt unterstützen, weil wir uns nur einen Teil unserer Polit-Bezüge behalten und den großen Rest weitergeben. Seit 1998 hat die KPÖ auf diesem Weg schon mehr als 26.000 Steirerinnen und Steirer mit über 3,2 Millionen Euro unter die Arme greifen können. Das macht sonst keiner. **Wir lassen niemanden im Regen stehen.**

Claudia Klimt-Weithaler
Ihre Claudia Klimt-Weithaler

Sie erreichen mich unter 0316/877-5104 bzw. per Mail an claudia.klimt-weithaler@landtag.steiermark.at

Fast jede zweite Pflegekraft in B

„Das Pflegesystem steht vor dem Kollaps.“ – Mit diesen unmissverständlichen Worten bringt die Arbeiterkammer Steiermark das Versagen der Landesregierung auf den Punkt.

Im Rahmen einer großangelegten Studie wurden rund 60.000 Beschäftigte aus dem steirischen Gesundheits-, Sozial- und Pflegebereich befragt. Das alarmierende Ergebnis: Fast jede zweite Fachkraft erlebt bereits Burnout-Symptome. Mehr als zwei Drittel aller Beschäftigten denken regelmäßig über einen Berufsausstieg nach! Die Gründe: viele Überstunden, sehr hohe Arbeitsbelastung, ungenügende Personalschlüssel.

Landesregierung betreibt Realitätsverweigerung

Vor all diesen hausgemachten Missständen warnen die Beschäftigten und die KPÖ seit vielen Jahren. Von einem grundlegenden Kurswechsel im Sinne einer entscheidenden Verbesserung der Arbeitsbedingungen wollen ÖVP und SPÖ aber immer noch nichts wissen. Sie üben sich weiter im Wegschauen und Beschönigen. Dabei müsste mittlerweile selbst den letzten Realitätsverweigerern auf der Regierungsbank klar geworden sein, dass ein „Weiter so“ keine Option ist. „Die Pflegekräfte leisten Tag für

Tag Großartiges. Selbiges kann man über die Landesregierung leider nicht sagen. Angesichts der massiven Personalengpässe muss es das oberste Ziel aller Verantwortlichen sein, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass keine einzige Pflegekraft mehr dieses so wichtige Berufsfeld verlässt“, fordert KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

Neues Pflegegesetz: Vergebene Chance

Darum ist der Entwurf für das neue Pflege- und Betreuungsgesetz, den die Landesregierung kürzlich vorgelegt hat, umso enttäuschender. Von den dringend nötigen Verbesserungen ist keine Rede, stattdessen soll lediglich der Status quo festgeschrieben werden. „Der Berg kreißte und gebar eine Maus. Unglaubliche neun Jahre hat die Landesregierung am Pflegegesetz gewerkelt. Trotzdem bleibt es weit hinter den Erfordernissen zurück. Zahlreiche Expertinnen und Experten aus der Praxis haben Stellungnahmen eingereicht. Wir werden uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass ihre Vorschläge noch ins Pflegegesetz eingearbeitet werden. Das ist dringend nötig, um älteren Menschen ihren Wunsch, möglichst lange gut betreut zuhause leben zu können, endlich erfüllen zu können“, so Claudia Klimt-Weithaler.



Um bessere Arbeitsbedingung und mehr Ausbildungsplätze zu fordern, Juni-Sitzung des Landtags protestiert. Es ist höchste Zeit, dass die Landes

3 FRAGEN, 3 ANTWORTEN mit Tamara Mandl

Was läuft schief im

Volksstimme: Liebe Tamara, wo siehst du die größten Baustellen im steirischen Gesundheitssystem?

Tamara Mandl: Diese Frage ist in dieser Kürze eigentlich nicht zu beantworten, denn im steirischen Gesundheitswesen läuft sehr vieles schief. Sehr verkürzt dargestellt sind wir mit Arbeitsbedingungen konfrontiert, die viele zum vorzeitigen Ausstieg aus ihren Gesundheits- und Pflegeberufen zwingen, weil sie schlicht krank machen. Es gibt leider auch massive Klassenunterschiede beim Zugang zu qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung.

Du bist ja im „Arbeitskreis Gesundheit & Pflege“ aktiv.

Warum hast du dich organisiert?

Weil ich meine Wut auf das aktuelle System im Arbeitskreis sinnvoll einsetzen kann. Verbesserungen können wir nämlich nur gemeinsam erkämpfen. Nur wenn wir gemeinsam auftreten und Druck machen, können wir unsere Forderungen auch irgendwann durchsetzen.

Was macht ihr im Arbeitskreis und wie kann man mitmachen?

Wir treffen uns regelmäßig, vernetzen uns und tauschen uns über die aktuellen Problemlagen im Gesundheits- und Pflegewesen aus. Wir planen Protestaktionen, geben mehrmals im Jahr die Zeitschrift



urnout-Gefahr!



haben Pflegekräfte vom KPÖ-Arbeitskreis Gesundheit & Pflege vor der Regierung ihre Vogel-Strauß-Politik aufgibt und die Weckrufe endlich hört!

vom KPÖ-Arbeitskreis Gesundheit und Pflege

Gesundheitssystem?

„Pflege in Bewegung“ heraus und machen Infostände. Wir freuen uns immer über neue Kolleg_innen, die auch aktiv werden. Für ein solidarisches Pflege- und Gesundheitswesen, das für alle gut funktioniert, braucht es nämlich viele Stimmen, die sich dafür einsetzen.



Tamara Mandl ist als Sozialarbeiterin in der mobilen Palliativbetreuung tätig und lehrt an der FH Joanneum.



Sie möchten die *Pflege in Bewegung* immer kostenlos zugeschickt bekommen? Schreiben Sie uns bitte einfach eine Mail an pflerge@kpoe-steiermark.at

Kontaktinfos

Facebook und Instagram:
Pflege in Bewegung Steiermark
Webseite: gute-pflege.at
Mail: pflerge@kpoe-steiermark.at
Telefon: 0316 712479

Primärversorgungszentrum statt Hausarzt?

Im Zuge der Reform des österreichischen Gesundheitswesens wurde die Idee der Primärversorgungszentren (PVZ) entwickelt, um das Gesundheitssystem effizienter und kostengünstiger zu gestalten. Ein Team von Gesundheitsberufen „rund um den Hausarzt“ soll im Primärversorgungszentrum vielfältige Gesundheitsdienstleistungen abdecken und erste Anlaufstelle für alle medizinischen Probleme sein. Ein Primärversorgungszentrum sollte den Zugang zu Untersuchungen und Therapien erleichtern und Wartezeiten verkürzen. PVZ sollen Spitalsambulanzen entlasten und die Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten sowie des medizinischen Personals erhöhen.

Tatsächlich umgesetzt werden die Primärversorgungszentren in der Steiermark als Sparversion. Es handelt sich meist um den Zusammenschluss von zwei bis drei Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner, die ihre Öffnungszeiten koordinieren. Andere Gesundheitsberufe sind kaum vertreten.

Die bestehenden Hausarzt-Ordinationen sind überlaufen. Trotzdem wurde keine einzige zusätzliche Kassenstelle für Allgemeinmedizin in der Steiermark geschaffen. Vielmehr wurden 90 Stellen zugunsten der Primärversorgungszentren gestrichen (drei Ärzte für jedes geplante PVZ). Und dies, ob-

wohl die PVZ gar nicht bestehen, oder nicht über drei Medizinerinnen und Mediziner verfügen.

Von den 30 PVZ, die bis 2025 laut Regionalem Strukturplan Gesundheit zu errichten wären, gibt es bis heute gerade einmal zwölf! Fünf davon befinden sich im Raum Graz, wo kein gravierender Ärztemangel herrscht, und nur sieben in den Regionen. Die Standardbesetzung von drei Ärztinnen und Ärzten erfüllen nicht alle dieser Zentren. Ein Beispiel: In Eisenerz ordiniert nur ein Allgemeinmediziner und entspricht damit den gesetzlichen Anforderungen für ein PVZ nicht. Trotzdem wird diese Ordination als „PVZ Eisenerz“ geführt. Die Öffnungszeiten der bestehenden 12 PVZ gehen kaum über die anderer Ordinationen hinaus.

Problematisch ist dieses Konzept besonders im ländlichen Raum, weil sich die Wege deutlich verlängern. Für chronisch Kranke und alte Menschen, aber auch für Familien mit Kindern ist der Arztbesuch schwer organisierbar.

Gleichzeitig werden Krankenhäuser, Abteilungen und Stationen geschlossen und damit dringend nötige Anlaufstellen für medizinische Notfälle verknappt. Änderungen im Gesundheitssystem müssen aber immer mit Bedacht durchgeführt werden. Wird auf der einen Seite gekürzt, muss parallel ein anderes Angebot aufgebaut werden. Derzeit sehen wir in der Steiermark, dass aus finanziellen Gründen darauf wenig Rücksicht genommen wird.

Beispiel
Eisenerz: LKH geschlossen, aber noch immer kein Primärversorgungszentrum nach gesetzlichen Vorgaben



Pilotprojekt: Graz stellt pflegende Angehörige an

Acht von zehn Menschen, die Pflege benötigen, werden zu Hause von ihren Angehörigen versorgt. Das ist eine große Herausforderung für die Verwandten. Herr F. weiß das aus eigener Erfahrung: Der 62-jährige Grazer pflegt seine 87-jährige Mutter seit mittlerweile acht Jahren.

Die Pflege der eigenen Mutter brachte ihn an seine Grenzen: „Für die eigene Mutter macht man es natürlich gerne, aber es geht psychisch und körperlich mit der Zeit natürlich an die Substanz. Und finanziell sowie so.“ Seinen Hauptberuf musste er immer weiter reduzieren. Der steigende Pflegebedarf und die einsetzende Demenz seiner Mutter machten dies nötig. „Es wäre anders nicht mehr gegangen. Die Mutter allein in der Wohnung

lassen und ganz normal arbeiten gehen, das funktioniert ab einem gewissen Punkt einfach nicht mehr. Was das Geld angeht, ist das natürlich ein ständiger Kampf. Meine Rechnungen muss ich ja so oder so bezahlen.“

Zumindest um diese Sorge ist Herr F. seit einigen Monaten leichter. Er ist nämlich einer von insgesamt 15 pflegenden Angehörigen, die im Rahmen eines Pilotprojekts von der Stadt Graz angestellt wurden. Herr F. erhält nun ein fixes Gehalt – entsprechend der Pflegestufe seiner Mutter für 30 Wochenstunden 2.200 Euro brutto, Krankenversicherung und Urlaubsanspruch inkl. Ersatzpflegeperson inklusive. „Das ist eine Form von finanzieller Absicherung, die vieles leichter macht. Außerdem sind die Kurse und die Unterstützung vom Albert-Schweitzer-

Trainingszentrum eine große Hilfe. Ich hatte in den letzten Jahren oft das Gefühl, mit der Situation und meinen Problemen ziemlich allein zu sein. Das habe ich jetzt nicht mehr.“

Dieses Pilotprojekt initiiert hat der Grazer Pflegestadtrat Robert Krotzer (KPÖ): „Die Pflege von Angehörigen ist oftmals eine Armutsfalle. Viele pflegende Angehörige müssen ihre Lohnarbeit aufgeben. Diese Versicherungsmonate fehlen dann in der Pension.“ Die Folge ist Altersarmut. Davon besonders betroffen sind Frauen, die bekanntlich den Löwenanteil der Pflegearbeit im Familienkreis stemmen. Robert Krotzer sieht das Grazer Modell als „Initialzündung“ für das Land: „Wir lassen unsere Erfahrungen mit dem Pilotprojekt in Graz evaluieren und stellen die Ergebnisse der Landesregierung natürlich



gerne zur Verfügung. Ich hoffe, dass dann auch auf Landesebene Bewegung in die Diskussion kommt. Unser großer Wunsch ist natürlich die steiermarkweite Umsetzung. Davon würden viele pflegende Angehörige massiv profitieren“, so der KPÖ-Stadtrat.



KPÖ-Pflegestadtrat Robert Krotzer geht in Graz mit gutem Beispiel voran.

Spitalspolitik im Chaosmodus

Die Landesregierung steuert die steirischen Spitäler weiter im Blindflug. Nachdem mit Jahreswechsel 21 Anästhesistinnen und Anästhesisten das LKH Bruck an der Mur verlassen hatten, wurde noch im Frühling verkündet, dass auch

in Leoben die Diensträder kaum aufrecht zu erhalten sind: 15 Planstellen für Anästhesie fehlen. Dabei ist Leoben das Leitspital für die Bezirke Bruck-Mürzzuschlag und Leoben. Besonders pikant: Die Schließung der Spitäler in Mariazell und Eisenerz sollte die

Krankenhäuser in Bruck und Leoben absichern. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Zentralisierung führt nur zu noch mehr Druck auf die Beschäftigten, während sich die Anfahrtswege und die Versorgung für die Bevölkerung verschlechtern. Viele Ärztinnen und Ärzte kehren der KAGES dauerhaft den Rücken. Sie wechseln in den niedergelassenen Bereich, oft als teure Wahlärztinnen und Wahlärzte, oder gehen in andere Bundesländer.

Ein ähnlich tristes Szenario dürfte im Bezirk Liezen drohen, wenn die Landesregierung am unsäglichen Leitspital-Projekt festhält. Dort sollen gleich drei Spitäler einem Neubau weichen. Selbst wohlmeinenden Kommentatoren friert das Gesicht angesichts vieler ungelöster Fragen ein. Die Umsetzung stockt auch aufgrund simpler bautechnischer und planerischer Fehlleistungen

– Kostenexplosion von ursprünglich geplanten 261 Millionen auf über 330 Millionen Euro inklusive. Darin sind Kosten für die Spitalseinrichtung, weitere Zweckbauten, Zufahrtslösungen und dergleichen noch gar nicht enthalten. Auch fehlen Konzepte für die Nachnutzung der bestehenden Spitäler in Rottenmann, Bad Aussee und Schladming.

Sogar in Graz mussten zeitweise schon Patientinnen und Patienten abgewiesen werden. Das System sei an die Wand gefahren, so der MedUni-Rektor Hellmut Samonigg. Seitens KAGES und Landesregierung gibt es weiterhin nur Beschwichtigungen. Spätestens im Herbst wird sich zeigen, ob den Steirerinnen und Steirern, die diese Durchhalteparolen nun schon seit vielen Jahren anhören müssen, nicht doch der Geduldsfaden reißt.



Die Folgen der fehlgeleiteten Zentralisierungspolitik werden in der Obersteiermark besonders deutlich sichtbar.

Der lange Weg zur Inklusion

Obwohl Österreich die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet hat, sind Menschen mit Behinderung heute immer noch mit zahlreichen Barrieren konfrontiert. Ein Gespräch mit dem Selbstvertreter Heinz Sailer.

Volksstimme: Österreich hat vor mittlerweile fast 16 Jahren die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung unterzeichnet. Von den Vereinten Nationen gab es erst kürzlich scharfe Kritik. In welchen Bereichen ist Österreich besonders säumig?

Heinz Sailer: Ein großes Problem ist, dass die Beschäftigung mit Menschen mit Behinderung in Österreich nur dem Sozialministerium zugewiesen wurde. Die Thematik führt insgesamt also ein Inseldasein. Menschen mit Behinderung sollten aber in allen Bereichen teilnehmen können. Bis heute gibt es nur einen einzigen partizipativen Prozess im Land, dieser ist im Sozialressort zu finden. Dort wird schon gelebt, was den anderen Ressorts noch fehlt. Das Bewusstsein der Entscheidungs-

trägerinnen und -träger in den verschiedenen Abteilungen ist dahingehend noch im hohem Maß ausbaufähig. Inklusion darf nicht nur als schönes Schlagwort gesehen werden. Erst, wenn die Rechte von Menschen mit Behinderung vollumfänglich umgesetzt sind, können wir wirklich von Inklusion sprechen.

Inklusion wird als Thema oft nicht wirklich wahrgenommen, wenn man nicht direkt betroffen ist. Aber wäre eine inklusive Gesellschaft nicht für uns alle von Vorteil?

Inklusion betrifft vordergründig ja Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Sinnesbehinderung oder kognitive Einschränkungen (Lernbehinderung, etc.), aber auch psychische Erkrankungen. Je mehr Barrierefreiheit es gibt,

desto mehr Menschen mit Behinderung können am öffentlichen Leben teilnehmen. Das heißt, wir sind dann sichtbarer. Grundvoraussetzung für eine inklusive Gesellschaft ist Barrierefreiheit. Ohne echte Barrierefreiheit gibt es auch keine Inklusion. Das betrifft letztlich alle. Vom Rollstuhlfahrer über Menschen, die altersbedingt bewegungseingeschränkt sind, bis hin zu Eltern mit Kinderwagen. Barrierefreiheit ist auf jeden Fall ein Mehrwert für die ganze Gesellschaft und auch für die Wirtschaft. Wenn ich z. B. in meiner Freizeit wo hingehen möchte, werde ich bevorzugt dort hingehen, wo es barrierefrei ist.

Was können wir als Gesellschaft tun, um ein inklusives Miteinander zu ermöglichen?

Wir müssen verstehen lernen, dass Inklusion nicht nur für sogenannte „Behinderte“ wichtig ist. Die UN-Behindertenrechtskonvention sieht Behinderung

nicht aus der medizinischen Sicht. Kurz gesagt: Ich *bin* nicht behindert – ich *werde* behindert. Für die Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderung ist vordergründig die Politik verantwortlich. Vor allem im wirtschaftlichen Bereich ist es unabdingbar, dass es gesetzliche Vorgaben gibt. Ansonsten wird die Barrierefreiheit nicht wirklich als Notwendigkeit gesehen. Da gibt es sicherlich noch viel Verbesserungsbedarf.



Heinz Sailer ist Obmann-Stellvertreter im Verein *Die Brücke* und im Beirat von *Selbstbestimmt Leben Steiermark*. Er kandidiert bei der Landtagswahl für die KPÖ.

So geht die KPÖ in die Landtagswahl

„Ob beim Wohnen, in der Pflege, im Gesundheitsbereich oder in der elementaren Bildung: Die KPÖ ist der soziale Antrieb in der Steiermark. Wir sind verlässlich für die Menschen da, die sonst keine Lobby haben.“

Mit diesen Worten hat Claudia Klimt-Weithaler die Landeskonferenz der KPÖ eröffnet, die am 15. Juni im Grazer Volkshaus stattgefunden hat. Beschlossen wurde die Landesliste der KPÖ für die Landtagswahl – die „Top 5“ sehen Sie am Foto rechts. Insgesamt treten 93 Expertinnen und Experten des alltäglichen Lebens für die KPÖ an: Menschen aus verschiedensten Arbeitsbereichen, mit unterschiedlichsten Lebensgeschichten, aus allen Teilen der Steiermark.



Unser Team für die Landtagswahl von links nach rechts: Miriam Herlicska (Platz 3), Jakob Matscheko (Platz 2), Claudia Klimt-Weithaler (Spitzenkandidatin), Alexander Melinz (Platz 4) und Michaela Lang (Platz 5).

KOMMENTAR



von **Hanno Wisiak**,
Bezirksvorsteher in Graz-Geidorf
und steirischer KPÖ-Spitzenkandidat
für die Nationalratswahl

Logisch wählen

Immer mehr Menschen wenden sich von der etablierten Politik ab. Was ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne und NEOS abliefern, kann mit Hakel-Schmeißen und Wadel-Beißen zusammengefasst werden. Aber die Leute durchschauen dieses Spiel. **Die Parteien sind sich ähnlicher, als ihre Show vermuten lässt.** Vor Wahlen versprechen sie das Blaue vom Himmel. Nach den Wahlen ist das schnell vergessen, wenn es um hochbezahlte Posten und Privilegien geht. Sie bestätigen immer wieder: Abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik. Sie wissen nicht, wie es einer Pflegerin oder einem Arbeiter, einer Pädagogin oder einem Verkäufer, einer Alleinerzieherin oder einem kleinen Bauern geht. Sie wissen nicht, wie es ist, wenn man sich die Miete kaum noch leisten kann oder sich beim Wocheneinkauf einschränken muss. **Eine Stimme für die etablierten Parteien ist eine verlorene Stimme.**

Die KPÖ ist anders. Wir behalten von den fürstlichen Politgehältern nur einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Mit allem, was darüber liegt, unterstützen wir Menschen in Notlagen. Wir sagen auch ganz klar: Was den Grundbedürfnissen dient – Wohnen, Energie, Gesundheit, Pflege, Bildung –, darf nicht der Profitmacherei des „freien Marktes“ ausgeliefert werden, sondern gehört in öffentliche Hand.

Erstmals seit Jahrzehnten besteht im September die Chance, dass mit der KPÖ eine Kraft ins Parlament kommt, die glaubwürdig für leistbares Wohnen, für gute Pflege und gegen Privilegien eintritt und im etablierten Polit-Spiel nicht mitmacht. **Die KPÖ ist nicht Konzernen und den Reichen verpflichtet, sondern verlässlich für die vielen Menschen da, die sonst keine Lobby haben.** Wer sich eine grundsätzlich andere Politik wünscht, muss die Partei wählen, die eine grundsätzliche andere Politik macht.

Klingt logisch? Ist es auch.

Ihr Hanno Wisiak

Sie erreichen mich unter 0664/60 872 2150
bzw. per Mail an hanno.wisiak@kpoe-graz.at



Die humanitäre Lage im Gazastreifen ist katastrophal. Über 20.000 Zivilistinnen und Zivilisten – mehrheitlich Frauen und Kinder – sind in den letzten acht Monaten durch israelische Bomben ermordet worden. Israel hat die Versorgung der palästinensischen Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln, Medikamenten, Wasser, Strom und Treibstoff fast gänzlich unterbrochen. Die meisten Spitäler sind zerstört. Gleichzeitig ist der Bedarf an medizinischer Hilfe enorm.

Die internationale Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ ist allen Widrigkeiten zum Trotz in den noch verbliebenen Spitälern und Gesundheitszentren im Süden des Gazastreifens aktiv. Um den Menschen zu helfen,

ist „Ärzte ohne Grenzen“ auf Spenden angewiesen. Die KPÖ Steiermark hat für diese wichtige humanitäre Hilfe 3.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Wenn Sie die Möglichkeit haben, einen Beitrag zu leisten, möchten wir Sie ersuchen, auch zu spenden. Jeder Euro verbessert die medizinische Versorgung der Bevölkerung in Gaza und ist ein Ausdruck der Solidarität mit den vom Krieg geschundenen Menschen in Palästina. Auf bit.ly/aerzteohnegrenzengaza können Sie an „Ärzte ohne Grenzen“ spenden. Alternativ können Sie auch direkt auf das Konto der Hilfsorganisation überweisen und den Verwendungszweck „Gaza“ angeben: AT43 2011 1289 2684 7600
Danke für Ihre Solidarität!



Stellenabbau bei AT&S: Ein Sittenbild des Kapitalismus

Der Leiterplattenhersteller AT&S streicht in der Steiermark an den Standorten Fehring und Leoben 250 Stellen. Noch vor kurzem war man auf Suche nach Beschäftigten und beklagte den Facharbeitermangel. Nun kommt es anders. Die Stellenstreichung wird von der Konzernführung mit einem Bilanzverlust im laufenden Geschäftsjahr von 37 Millionen Euro argumentiert. Dazu muss man aber wissen, dass sich das Ergebnis nach Steuern in den vorherigen Jahren sehen lassen konnte: 2021 betrug der Gewinn 39 Millionen, 2022 93 Millionen und 2023 sogar 118 Millionen Euro.

Dementsprechend wurden saftige Dividenden an die Aktionäre ausbezahlt. Das Eigenkapital betrug 2023 stolze 810 Millionen Euro. Dass Dankbarkeit im Kapitalismus keine Kategorie ist, macht KPÖ-LAbg. Werner Murgg deutlich: „Allein in den letzten fünf Jahren hat AT&S rund 3,5 Millionen Euro an Förderungen von der steirischen Fördergesellschaft bekommen – Steuergeld, wohl gemerkt! Zusätzlich flossen noch Millionen an EU-Förderungen. Darum ist es ein Skandal, wenn beim ersten Gegenwind weltweit rund 1.000 Arbeitsplätze abgebaut werden, davon 250 bei uns.“

„Strompreissenkung“ ist Mogelpackung!

Seit vielen Jahren setzt die KPÖ sich für leistbare Energiepreise ein. Zuletzt gab es Bewegung am Strommarkt. Der KPÖ-Landtagsabgordnete Werner Murgg hinterfragt die Rolle der Energie-Steiermark.

Volksstimme: Die Energie Steiermark hat unlängst voller Stolz den Geschäftsbericht für 2023 präsentiert. Das operative Ergebnis konnte von 103,2 auf 150,4 Millionen Euro gesteigert werden – ein Plus von fast 50 Prozent. Eine erfreuliche Entwicklung?

Werner Murgg: Nein. Das operative Ergebnis speist sich nämlich einzig und allein aus den Gewinnen im Strom- Gas- und Fernwärmehandel, also zu einem Gutteil aus den Zahlungen der steirischen Haushalte. Hier bräuchte es aber gerade jetzt eine wirkliche Entlastung.

Für August hat die Energie Steiermark eine Strompreissenkung von rund 11 Prozent angekündigt. Reicht das nicht?

Diese Senkung ist in Wahrheit eine Mogelpackung. Die Handelsspanne der Energie Steiermark betrug beim Strom früher zwischen 3 und 4 Cent pro kW/h. Inzwischen wurde sie auf 6 Cent angehoben. Die Energie Steiermark ist also ein massiver Preistreiber am Energiemarkt. Mit der nun angekündigten Senkung erspart sich ein Durchschnittsverbraucher knapp einen Euro pro Monat. Die Energie Steier-



Werner Murgg: Wenn man das Tarifmodell „Go Green“ auch Bestandskunden anbieten würde, würden deren Stromkosten sofort um ein Drittel sinken.

mark verdoppelt ihr Ergebnis nach Steuern von 72 auf 161 Millionen, und die Kundinnen und Kunden werden weiterhin geschröpft.

Was ist der Vorschlag der KPÖ?

Ganz konkret beim Strom: Die Energie Steiermark bietet ein

Preismodell „Go Green“ an, wo man lediglich 14 Cent pro kW/h bezahlt. Dieses Tarifmodell könnte man auch für Bestandskunden anbieten, und zwar mit Preisgarantie bis 2025. Dadurch würden die Stromkosten sofort um ein Drittel sinken. Das wäre ein guter erster Schritt.

Betongoldrausch in der Südsteiermark

Zweitwohnsitze, Bauprojekte, Kostenexplosion: Die Südsteiermark leidet unter Spekulation mit Grund und Boden.

In der Nähe der südsteirischen Weinstraße und im Gebiet rund um Bad Radkersburg ist es besonders schlimm: Wohnraum ist so teuer, dass er für viele Menschen vor Ort nicht mehr leistbar ist. Das gilt für Mieten, Eigentumswohnungen und Grundstücke. Dafür gibt es zunehmend Zweitwohnsitze von Leuten, die es sich leisten können. Sie erwerben Häuser oder Baugrund und treiben so die Preise für alle nach oben. Aber nicht nur die in die Höhe schießenden Kosten sind negatives Resultat dieser Entwicklung. Wenn eine Ortschaft für immer weniger Menschen ihr Zuhause ist, sondern Zweitwohnsitz oder Ort für Geschäftsabwicklungen für Leute von anderswo, dann leidet die Gemeinschaft darunter. Man kennt sich weniger, es gibt weniger sozialen Zusammenhalt. Auch Infrastruktur richtet sich dann nicht mehr auf die

Wohnbevölkerung aus.

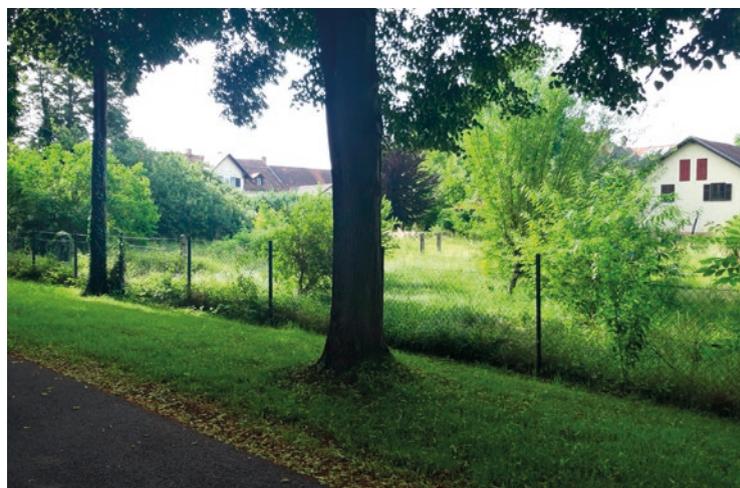
Der ehemalige Bezirk Bad Radkersburg hatte mitunter die niedrigsten Grundstückspreise in ganz Österreich. Durch die Nähe zur Weinstraße lässt sich mit Grundstücken aber mittlerweile viel Geld verdienen. Das lockt Investoren und Spekulanten an.

Das Ortsbild ändert sich

Westlich von Radkersburg befindet sich Mureck. Dort entstehen plötzlich Bauprojekte, die es bislang so nicht gegeben hat. Die Mieten in den neuen Wohnungen sind trotz Peripherielage hoch. Früher schuf man bei Neubauten viel Grünfläche. Jetzt wird eng gebaut, um möglichst viel aus dem vorhandenen Grund und Boden herauszuholen – so etwa auf dem Gelände einer ehemaligen Molkerei, wo nun eine dicht erbaute Wohnsiedlung steht. In der Gegend

rund um die Bahnhofstraße wurde in einem historischen Gartenviertel vom Gemeinderat im verkürzten Verfahren der Flächenwidmungsplan geändert. Statt Grünfläche ist hier nun Bauland. Bis zu 70 Wohnungen will ein Investor dort errichten. Das passt nicht nur ganz und gar nicht ins Ortsbild, auch würde sich der Autoverkehr verviel-

fachen. Bewohnerinnen und Bewohner fragen sich, warum die Gemeinde diese Veränderung überhaupt durchgehen hat lassen und nicht zumindest über einen Bebauungsplan Einfluss darauf genommen wurde, wie gebaut wird. Sie sorgen sich zunehmend um den Charakter der Ortschaft Mureck: „Wir wollen keine Radkersburger Verhältnisse!“



Mureck: In einem Gartenviertel soll ein großer Wohnbau entstehen. Die Mieten werden bei diesen Neubauten meist sehr hoch angesetzt.

Die „soziale EU“ – eine Illusion

Fühlen Sie sich „bereit für die Vereinigten Staaten von Europa?“, wie die Neos verkünden? Träumen Sie von einer „EU, die Frieden, Freiheit und Wohlstand für die Bürger Europas sicherstellt“, wie es die Freiheitlichen in ihrer Wahlkampfbroschüre formulieren? Sehen Sie es simpel wie Reinhard Lopatka (ÖVP), der „Europa, aber besser“ will? Oder stehen Sie diesem Konstrukt EU grundsätzlich kritisch gegenüber? Besonders für letztere Haltung gibt es viele gute Gründe.

Das rechtlose EU-Parlament

Haben Sie zum Beispiel gewusst, dass das EU-Parlament faktisch nur eine beratende Funktion hat? Abgeordnete können nämlich selbst keine Gesetzesvorschläge einbringen, was eigentlich ein Grundelement der parlamentarischen Demokratie ist. Auch eine Verfassung hat die EU nicht.

Augenscheinlich wurde das Demokratiedefizit der EU seinerzeit im Umgang mit Griechenland im Zuge der Finanzkrise. Da hat sich eine Troika aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Kommission ohne jegliche demokratische Ermächtigung und gegen den Willen der griechischen Bevölkerung aufgemacht, um einen ganzen Staat unter Kuratel zu stellen und ein radikales Spar- und Privatisierungsprogramm durchzusetzen. Vergessenes Detail: Auch die Regierung von Italien wurde von dieser Troika quasi im Vorbeigehen kurzerhand ausgewechselt.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch auf das Spitzenpersonal dieser „Europäischen Wertegemeinschaft“. Christine Lagarde ist Präsidentin der Europäischen Zentralbank und damit Hüterin über die Stabilität des Euro. Zuvor war sie Geschäftsführerin des Internationalen Währungsfonds (IWF) und für neoliberale Zwangsmaßnahmen gegen zahlreiche Länder verantwortlich. Noch 2014 war sie in Frankreich wegen des fahrlässigen Umgangs mit Steuergeldern verurteilt worden. Der Schaden für die französische Bevölkerung: 403 Millionen Euro! Gegen Kommissionspräsidentin

Ursula Van der Leyen wiederum ermittelt die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Impfstoffdeals mit dem Pharmariesen Pfizer. Das Auftragsvolumen betrug 35 Milliarden Euro!

Eurobarometer-Umfrage vernichtend

In Österreich ist eine Mehrheit der Bevölkerung der EU gegenüber kritisch eingestellt. Die Arbeiterklasse ist besonders EU-skeptisch. Nur ein Drittel der arbeitenden Menschen in Österreich ist der Meinung, Österreich profitiere von der EU-Mitgliedschaft. Nur 11 Prozent sind der Meinung, dass sich die EU in die richtige Richtung entwickelt.

Die EU war in ihrer Geschichte immer federführend, um die Errungenschaften der Arbeiterbewegung zurückzudrängen. Man denke nur an die großen Privatisierungswellen in

Österreich: War der Ausverkauf der verstaatlichten Industrie noch eine Vorleistung des EU-Beitrittes, ging es spätestens ab 1995 staatlichen Unternehmen wie der Post, der Telekom oder der ÖBB an den Kragen. Privatrechtliche Vorgaben oder direkte Privatisierungen führten zu Schließungswellen (etwa bei den Postämtern), der Ausdünnung der Bahnverbindungen, generell einer schlechteren Versorgung und höheren Preisen. Seit dem Beitritt zur EU gingen in Österreich zehntausende Vollzeit-arbeitsplätze verloren. Allein Post und ÖBB bauten fast 45.000 Stellen ab, und in der steirischen Industrie gingen 15.000 Arbeitsplätze verloren. Geht es nach den Einpeitschern in Brüssel, soll ein ähnliches Schicksal künftig auch weitere Bereiche treffen. Insbesondere auf das noch weitgehend öffentliche Gesundheitssystem in Österreich haben sie es abgesehen.

Reallöhne bleiben zurück

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter blieb bis in die 90er-Jahre noch weitgehend mit dem Wirtschaftswachstum in Einklang. Seit

1995 und zunehmend seit der EU-Osterweiterung ab 2004 ist dies gänzlich entkoppelt. Während die Produktivität Jahr für Jahr steigt, stagnieren die Löhne inflationsbereinigt. Das wird durch konkrete EU-Regelungen noch verschärft: Der Europäische Gerichtshof urteilte 2014, dass Mindestlöhne bei öffentlichen Aufträgen nicht mit dem EU-Binnenmarkt vereinbar seien. Kernelement des Lohndumpings in Europa ist vor allem die „Lissabon-Strategie“. Mit ihr soll der Arbeitsmarkt Schritt für Schritt völlig dereguliert werden.

Pensionen gekürzt

Das umlagefinanzierte Pensionsystem, wie wir es in Österreich kennen, wird ebenso massiv angegriffen. Das Frauenpensionsalter wurde hinaufgesetzt, die Pensionen durch ungünstigere Berechnungen faktisch gekürzt. Die neoliberale Wirtschaftspolitik ist tief in der EU verwurzelt und ist in den Verträgen der Europäischen Union festgeschrieben. Beide Verträge können nur mit Zustimmung aller (!) EU-Mitgliedsstaaten verändert werden – de facto also ein Ding der Unmöglichkeit. Wer uns vor diesem Hintergrund einreden will, man könne „Europa fair gestalten“, der streut uns Sand in die Augen. Eine „soziale EU“ ist und bleibt eine Illusion.



Viel Lärm um sehr wenig: Die Abgeordneten im EU-Parlament können selbst keine Gesetzesvorschläge einbringen. 720 hochbezahlte Versorgungsposten fallen dem Steuerzahler zur Last.

STEIRISCHE Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel.: 0316 / 877-5104. Fax: 0317/877-5108. Fotos: KPÖ, Adobe Stock, Unsplash, Freepik; E-Mail: jakob.matscheko@kpoe-steiermark.at

Offenlegung: Die *Steirische Volksstimme* – Informationsblatt der KPÖ Steiermark dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des Sozialsystems und gegen Privatisierung von Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Druck und Versand: Druckwerk 6, 8605 Kapfenberg



KURZ NOTIERT

Problemfall
Wohn-Bonus

Geförderter Wohnbau sollte eigentlich für leistbare Mieten stehen. Die hohen Zinsen haben aber zur Folge, dass aktuell zahlreiche Mieterinnen und Mieter solcher Wohnungen mit massiven Kostensteigerungen konfrontiert sind – teils um mehrere hundert Euro monatlich. Die Landesregierung hat deshalb einen „Wohn-Bonus“ eingeführt, um die Mehrkosten teilweise abzufedern. Der Haken dabei: Dieser Bonus gilt nur für Wohnungen, die ab 2015 gefördert wurden, nicht für jene aus dem „alten“ Förderprogramm vor 2015. „Das ist ungerecht und nicht nachvollziehbar“, findet KPÖ-LABg. Werner Murgg. Er hat im Landtag mehrfach darauf gepocht, den Wohn-Bonus auch auf ältere Wohnungen auszuweiten.

Nur digital ist unsozial

Immer mehr Bereiche des täglichen Lebens werden auf das Internet umgestellt. Bald wird man **Amtswege, Hotelbuchungen oder Bankgeschäfte nur mehr digital machen können. Das trifft ältere Menschen besonders stark. Deshalb spricht man schon von Altersdiskriminierung.**

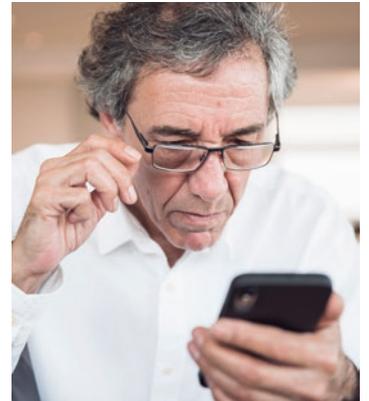
Digital oder analog: Das sollte kein Problem sein und nebeneinander funktionieren. In der Praxis schaut das aber anders aus: Jüngste Beispiele für die digitale Fixierung sind etwa der Handwerkerbonus und die Wiederauflage des Bundeschatzes, für welche digitale Anträge als Norm festgelegt wurden. Es darf nicht ignoriert werden, dass nicht alle Menschen Zugang zur digitalen Welt haben. Dazu kommt ein durch zunehmende kriminelle Aktivitäten im Netz verstärktes Misstrauen in Bezug auf den Datenschutz.

Sehr viele Menschen wollen nicht alles online erledigen. Nicht jeder ist begeistert, wenn er dazu gezwungen wird. Und das sollte man akzeptieren.

„Man sollte auch den sozialen Aspekt berücksichtigen. Amtswege, Bankgeschäfte, der Weg ins Geschäft, das alles bewahrt viele Menschen vor der totalen Einsamkeit. Wenn man die Leute nur mehr mit Smartphone und Computer miteinander verbindet, fördert man die Alters einsamkeit“, so KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

Sie fordert, dass alle digital angebotenen Leistungen der

öffentlichen Hand verpflichtend auch analog – also durch persönliche Vorsprache (oder soweit das möglich ist per Post mittels Formular oder Telefon) bei den jeweiligen zuständigen Dienststellen – ermöglicht werden. Auch alle Seniorenverbände treten für diese Forderung ein.



Digitalisierung darf nicht auf Kosten älterer Menschen gehen!

„Schützt vor
heißer Luft“

Claudia Klimt-Weithaler verschenkt KPÖ-Handfächer!

Erfrischend anders und ideal für den Sommer: Bestellen Sie sich Ihren KPÖ-Fächer unter 0316/877-5104 bzw. per Mail an ltk-kpoe@stmk.gv.at

Unser Trumpf:
Solidarität!

Bestellen Sie sich Ihre kostenlosen KPÖ-Schnapskarten!

Beim Kartenspielen kommen die Leut z'samm: Wir schicken Ihnen auf Wunsch gerne ein kostenloses Packerl KPÖ-Schnapskarten zu! Bestellungen unter 0316/877-5104 bzw. per Mail an ltk-kpoe@stmk.gv.at



„Ich bin ein großer Gegner der Zeitungen“, sagte Herr Wirr, „ich will keine Zeitungen.“ Herr Keuner sagte: „Ich bin ein größerer Gegner der Zeitungen: Ich will andere Zeitungen.“

— Bertolt Brecht

STEIRISCHE VOLKSSTIMME:
JETZT GRATIS ABONNIEREN!



www.kpoe-steiermark.at/abo → Die neuesten Infos von der KPÖ Steiermark 4x jährlich kostenlos zu Ihnen ins Postkastl!



MACHEN SIE MIT IN DER KPÖ!

Sie wünschen sich eine soziale Alternative zur abgehobenen Politik der etablierten Parteien?

Dann möchten wir Sie herzlich einladen, bei uns mitzumachen!
Kontaktieren Sie uns, denn ohne Sie sind wir eine/r zu wenig!



✉ mitmachen@kpoe-steiermark.at

☎ 0316/877 5104

🌐 kpoe-steiermark.at/mitmachen



**GLAUBWÜRDIG.
ENGAGIERT.
ERFAHREN.**

Mein Einsatz für eine soziale
Zukunft in der Steiermark.

Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ
EHRlich
ANDERS.